



AS (11) D G

BELGRADER ERKLÄRUNG

DER

**PARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNG DER
OSZE**

VERABASCHIEDET AUF DER

ZWANZIGSTEN JAHRESTAGUNG

BELGRAD, 6. bis 10. JULI 2011

PRÄAMBEL

Wir, die Parlamentarier der Teilnehmerstaaten der OSZE, sind als parlamentarische Dimension der OSZE vom 6. bis 10. Juli 2011 in Belgrad zu unserer Jahrestagung zusammengetreten, um eine Einschätzung der Entwicklungen und Herausforderungen im Bereich der Sicherheit und Zusammenarbeit, insbesondere in Bezug auf die Stärkung der Effektivität und Effizienz der OSZE – Ein Neubeginn nach dem Gipfel von Astana, vorzunehmen, und wir bringen den OSZE-Ministern die nachstehend dargelegten Standpunkte zur Kenntnis.

Wir wünschen dem nächsten Ministerrat der OSZE viel Erfolg und unterbreiten ihm die folgende Erklärung und Empfehlungen.

STÄRKUNG DER EFFEKTIVITÄT UND EFFIZIENZ DER OSZE – EIN NEUBEGINN NACH DEM GIPFEL VON ASTANA

KAPITEL I

POLITISCHE ANGELEGENHEITEN UND SICHERHEIT

1. Unter Hinweis auf frühere Entschlüsse der OSZE/PV über die Reform der OSZE, die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen der OSZE und der OSZE/PV und die künftige Ausrichtung der OSZE sowie auf den Bericht über das Kolloquium der OSZE/PV aus dem Jahr 2005,
2. erfreut über die Verabschiedung der Gedenkerklärung von Astana, insbesondere über den Beschluss der Staats- und Regierungschefs, sich erneut zur Vision einer freien, demokratischen, gemeinsamen und unteilbaren euroatlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft von Vancouver bis Wladiwostok zu bekennen und die Bedeutung der Prinzipien, auf denen die OSZE beruht, und unser Bekenntnis zu ihnen zu bekräftigen,
3. geleitet von dem gemeinsamen Ziel, die OSZE in ihrer Rolle als Forum für politischen Dialog unter Gleichberechtigten, in dem Beschlüsse über Schlüsselfragen der Sicherheit und der Zusammenarbeit im OSZE-Raum mit Konsens gefasst werden, zu stärken, jedoch nicht außer Acht lassend, dass die OSZE in eine vollwertige internationale Organisation umgewandelt werden sollte,
4. mit dem Ausdruck des Bedauerns, dass es auf dem Gipfeltreffen von Astana nicht gelungen ist, einen Aktionsplan, ergänzt durch Leitlinien zur Förderung seiner

Umsetzung, zu verabschieden, der der OSZE klarere Vorgaben für ihre künftigen Aktivitäten geben sollte,

5. erfreut über den Beschluss des litauischen Vorsitzes, die Konsultationen über die Verstärkung der rechtlichen Grundlagen der OSZE fortzusetzen und die Möglichkeit der Ausarbeitung eines Statuts zu erörtern,
6. zutiefst besorgt über die Uneinigkeit in einigen politischen Fragen innerhalb der OSZE, die die Schließung der OSZE-Mission in Georgien und des OSZE-Büros in Minsk zur Folge hatte,
7. äußerst beunruhigt, dass in den Bemühungen um eine Lösung der Langzeitkonflikte im OSZE-Raum keine Fortschritte zu erkennen sind,
8. in der Erkenntnis, dass durch die Änderungen im Sicherheitsumfeld der letzten Jahre, verbunden mit Unterschieden im Integrationstempo, im Wirtschaftswachstum und in der demokratischen Entwicklung, sowie durch die Frage der Ernährungssicherheit neue Probleme entstanden sind, die die Verwirklichung der umfassenden Sicherheit behindern und mit denen sich die OSZE auseinandersetzen sollte, –

die Parlamentarische Versammlung der OSZE

9. fordert die OSZE auf, ihre im Rahmen des sogenannten *Korfu-Prozesses* unter der direkten Führung des Vorsitzes in allen drei Dimensionen aufgenommenen informellen Diskussionen mit einem entsprechenden Beitrag der Parlamentarischen Versammlung mit dem Ziel fortzusetzen, die künftige Strategie der OSZE innerhalb ihres umfassenden Sicherheitskonzepts zu definieren und dabei die Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise und die jüngst entstandenen Krisen in einigen Ländern des Mittelmeerraums zu bedenken;
10. fordert den OSZE-Vorsitz eindringlich auf, einen konkreten Aktionsplan mit realen Vorschlägen für künftige Maßnahmen zur Prüfung durch den nächsten Ministerrat auf dessen Treffen in Wilna zu entwickeln; fordert den OSZE-Vorsitz zu diesem Zweck auf, die Umsetzung des Beschlusses Nr. 19/06 des OSZE-Ministerrats von Brüssel zu überwachen und zu bewerten und eine Überprüfung dieses Beschlusses und anderer Beschlüsse betreffend die Erhöhung der Wirksamkeit der OSZE vorzunehmen und in geeigneter Form tätig zu werden;
11. ermutigt die OSZE, ihre Werte und Erfahrungen auf Ersuchen verstärkt an Länder außerhalb des OSZE-Gebiets weiterzugeben, insbesondere an OSZE-Kooperationspartner und Länder in angrenzenden Gebieten, und gleichzeitig ihre strategische Zusammenarbeit mit der EU, den UN, der NATO, dem Europarat, der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit und anderen maßgeblichen internationalen und regionalen Organisationen zu verstärken;

12. begrüßt die im Gange befindliche Arbeit zur Stärkung der politisch-militärischen Sicherheitsdimension der OSZE durch Überarbeitung des Wiener Dokuments 1999 und ruft dazu auf, den Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit verstärkt umzusetzen und sich energischer um die Aufnahme von Verhandlungen zur Stärkung und Modernisierung der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa zu bemühen;
13. begrüßt die kürzlich erfolgte Verhaftung von Ratko Mladić durch serbische Sicherheitskräfte, der nach Den Haag überstellt wurde, wo er sich vor dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien zu verantworten hat, der schon vor Jahren Anklage wegen Völkermordes, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen gegen ihn erhoben hat, und spricht all jenen ihre Anerkennung aus, die jahrelang darauf hingearbeitet haben, dass Mladić vor Gericht gestellt wird, mit dem Ziel, seinen überlebenden Opfern Trost zu spenden, zur regionalen Stabilität und Aussöhnung beizutragen, die Aussichten auf Integration in Europa zu verbessern und zu weiteren Anstrengungen zu ermutigen, die für die Gräueltaten während der Konflikte auf dem Westbalkan Verantwortlichen vor Gericht zu bringen;
14. beklagt die jüngste Verschärfung der Spannungen um Berg-Karabach und ersucht eindringlich darum, innerhalb der OSZE verstärkte politische Bemühungen zur Beilegung der ungelösten Konflikte in Berg-Karabach sowie in Moldau und Georgien zu unternehmen;
15. ruft den Ständigen Rat der OSZE dazu auf, das Konfliktverhütungszentrum besser in die Lage zu versetzen, die Reaktionsfähigkeit der Organisation zu erhöhen, damit sie in Situationen wie etwa der Krise in Kirgisistan 2010 ihr Mandat ordnungsgemäß erfüllen kann;
16. bedauert den Mangel an Konsens, aufgrund dessen die OSZE-Mission in Georgien und das OSZE-Büro in Minsk geschlossen werden mussten, und legt dem Vorsitz nahe, sich weiter für eine praktikable Lösung zur Wiederherstellung der OSZE-Präsenz einzusetzen, damit die OSZE vor Ort, wo sie am nötigsten gebraucht wird, weiter von Bedeutung ist;
17. sieht in der Ernährungsautarkie und -sicherheit eine neue, schwerwiegende Herausforderung für mehrere OSZE-Teilnehmerstaaten und fordert die OSZE daher auf, die Aufnahme dieser Frage in ihre Tagesordnung in Erwägung zu ziehen, mit dem Ziel, politische Instabilität, die Radikalisierung von Konflikten und unannehmbare Ungleichheiten zu verringern;
18. ersucht die Parlamente der OSZE-Teilnehmerstaaten, sich für die Eindämmung der Preissteigerungen bei Agrarrohstoffen einzusetzen und zu diesem Zweck entsprechende Maßnahmen zur Erhöhung des Lebensmittelangebots innerhalb und außerhalb des OSZE-Raums zu verabschieden, einschließlich Rechtsvorschriften, durch die der Lebensstandard im ländlichen Raum verbessert und eine ausgewogenere Landnutzung zur Befriedigung der Nachfrage sowohl nach Lebensmitteln als auch nach Energie gefördert wird;

19. fordert die Teilnehmerstaaten auf, sich ernsthaft mit neuen Herausforderungen aufgrund grenzüberschreitender Bedrohungen wie illegaler Migration, der Umweltschädigung, der Nahrungsmittelknappheit und anderer politischer Probleme in Nachbarregionen auseinanderzusetzen, die gemeinsames Handeln verlangen;
20. fordert die OSZE nachdrücklich auf, die notwendige Strukturreform auf den Weg zu bringen, damit der Stillstand in politischen Fragen sowie in Personal- und Verwaltungsfragen überwunden werden kann. Dazu
- (a) wiederholt sie ihre Forderung nach einer Stärkung und Politisierung der Rolle des OSZE-Generalsekretärs, damit er als Sprecher in Zusammenarbeit mit dem Amtierenden Vorsitz politische Aussagen treffen und entsprechende Erklärungen abgeben kann, wenn OSZE-Verpflichtungen nicht eingehalten werden; dadurch würde die Organisation gleichzeitig an Einfluss und öffentlichem Profil gewinnen;
 - (b) wiederholt sie ihre Empfehlung, die Konsensregel für die Beschlussfassung zumindest für jene Beschlüsse abzuändern, die Personal-, Haushalts- und Verwaltungsfragen betreffen;
 - (c) schlägt sie vor, die Frage der Schaffung einheitlicher Regeln für die Besetzung von Führungspositionen in der OSZE zu prüfen;
 - (d) unterstreicht sie erneut die Wichtigkeit, dass der Haushaltsplan jedes Jahr rechtzeitig verabschiedet wird, und fordert sie die OSZE auf, einen mehrjährigen Finanzplan zu entwickeln, um längerfristige Strategien verfolgen zu können, in dem unter anderem die Zusammenarbeit mehrerer Vorsitze vorgesehen und gefördert wird;
 - (e) legt sie dem Generalsekretär nahe, die Dienste unabhängiger hauptberuflicher externer Rechnungsprüfer in Anspruch zu nehmen und deren Prüfberichte und Empfehlungen der OSZE/PV zur Verfügung zu stellen;
 - (f) fordert sie erneut dazu auf, dass die OSZE ihr Rekrutierungsverfahren verbessert, indem sie die zeitliche Begrenzung der Beschäftigungsdauer aufhebt und den Einsatz von entsandtem Personal in den Feldoperationen verringert;
 - (g) fordert sie erneut dazu auf zu überlegen, Sitzungen des Ständigen Rates über die Regeln der derzeitigen Geschäftsordnung der OSZE hinaus auf Ad-hoc-Basis für Presse und Öffentlichkeit zugänglich zu machen;
 - (h) fordert sie dazu auf, im Rahmen der Wintertagung 2012 der OSZE/PV eine eigene Diskussion über die Frage einer weiteren Erhöhung der Wirksamkeit der OSZE abzuhalten, und ersucht sie den OSZE-Vorsitz und den OSZE-Generalsekretär, sich aktiv an dieser Diskussion zu beteiligen;

- (i) wiederholt sie ihre Forderung an den Ständigen Rat der OSZE, die Empfehlungen der OSZE/PV – einschließlich jener aus dem Bericht über das Kolloquium 2005 – zur Erörterung auf seine Tagesordnung zu setzen, um eine bessere Zusammenarbeit mit der Versammlung zu gewährleisten.

KAPITEL II

WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN, WISSENSCHAFT, TECHNOLOGIE UND UMWELT

21. In aktiver Unterstützung des von der OSZE verabschiedeten Konzepts der gemeinsamen, umfassenden und unteilbaren Sicherheit, das die politisch-militärische, die menschliche und die Wirtschafts- und Umweltdimension umfasst,
22. unter Betonung des historisch erwiesenen Zusammenhangs zwischen wirtschaftlicher Not und politischem Extremismus, Fremdenfeindlichkeit, Instabilität, ja sogar internationalen Erschütterungen,
23. in Anerkennung der Tatsache, dass die schutzlosesten Mitglieder der Gesellschaft, unter ihnen Frauen, Jugendliche, Angehörige von Minderheiten und Migranten unverhältnismäßig schwer von der Wirtschaftskrise betroffen sind,
24. unter Hinweis darauf, dass Sofortmaßnahmen der Regierungen als Reaktion auf außergewöhnliche Ereignisse (die weltweite Finanzkrise, Naturkatastrophen sowie zivile und militärische Konflikte in mehreren Ländern) die Effizienz der parlamentarischen Kontrolle beeinträchtigen, und in der Überzeugung, dass es deshalb zusätzlicher Bemühungen der nationalen Parlamente bedarf, die Regierungen bei ihren Sofortmaßnahmen zu unterstützen,
25. die Rolle begrüßend, die die OSZE bei der Gewährleistung der wirtschaftlichen Entwicklung und Zusammenarbeit, der Umweltsicherheit und bei der Bewältigung von Herausforderungen im Umweltbereich spielen kann, etwa auch durch ihre Arbeit in Ergänzung der Bemühungen der Vereinten Nationen um eine Minderung der Folgen des Klimawandels,
26. in Kenntnis der Tatsache, dass der ausschlaggebende Migrationsimpuls der Zustand völliger Schutzlosigkeit und das Fehlen von Perspektiven in den Herkunftsländern ist, also in Problemen begründet liegt, die an der Schwelle des Jahrhunderts nicht gelöst wurden, sondern sich allzu oft noch verschärft haben, und dass dazu noch weitere Erschwernisse kamen, die durch zivile Konflikte in den an die OSZE-Region angrenzenden Ländern verursacht wurden,
27. unter Hinweis darauf, dass die in der Entschließung über Migration als ständige Herausforderung für die OSZE (Erklärung von Oslo der Parlamentarischen Versammlung der OSZE von 2010) dargelegten Argumente und Vorschläge im abgelaufenen Jahr nichts von ihrer Bedeutung verloren haben und dass die Regelung von Migrationsfragen, auch von Fragen der illegalen Migration, eine Grundvoraussetzung für die Verhinderung irregulärer Situationen ist, die sowohl den Migranten selbst als auch im weiteren Sinne den Herkunfts- und Zielländern schaden,

28. in Bekräftigung der Verpflichtung der OSZE-Teilnehmerstaaten zur Zusammenarbeit bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Migrationsmechanismen, auch in Bezug auf illegale Migration, die mit den universellen Menschenrechten in Einklang stehen,
29. die von den G-8-Nationen im Mai 2011 in Deauville abgegebene Erklärung begrüßend, in der die Initiative für Transparenz in der Rohstoffindustrie befürwortet und als Mittel zur Verringerung von Armut und zur Gewährleistung einer gesicherten Energieversorgung mehr Transparenz in den Einkünften der Rohstoffindustrie gefordert wurde,
30. in Bekräftigung der Erklärung von Astana von 2008 und der Erklärung von Oslo von 2010 und der darin enthaltenen Entschlüssen über Internetkriminalität und Internetsicherheit, in denen anerkannt wird, dass Angriffe aus dem Internet eine ernstzunehmende Herausforderung für die Regierungen sind und dass deren Folgen für wichtige Objekte der staatlichen und kommerziellen Infrastruktur ihrem Wesen nach den Folgen einer herkömmlichen Angriffshandlung gleichzusetzen sind, –

die Parlamentarische Versammlung der OSZE

31. empfiehlt, dass sich die OSZE den Teilnehmerstaaten als führende internationale Organisation nicht nur in Fragen der Demokratisierung, freier Wahlen und der Achtung der Menschenrechte anbietet, sondern auch in Bezug auf Fragen wie die Verhütung von Spannungen im Bereich der Energiesicherheit in der OSZE-Region;
32. ruft die Regierungen dazu auf, die Wirtschafts- und Umweltkomponente der Tätigkeit der OSZE vor dem Hintergrund der Folgen der weltweiten Finanzkrise und der Häufung von Naturkatastrophen als eine der zukunftsreichsten im Hinblick auf die langfristigen Interessen der Teilnehmerstaaten zu betrachten;
33. schlägt den Teilnehmerstaaten vor, die Prozesse zur Schaffung offener und integrierter Märkte in der OSZE-Region, die auf der Grundlage gemeinsamer oder vereinheitlichter Regeln funktionieren, zu beschleunigen, wodurch die wirtschaftliche Zusammenarbeit und Integration in der OSZE-Region weiter verstärkt werden könnte;
34. ruft dazu auf, Investitionen in umweltfreundliche Wirtschaftszweige und in die Entwicklung energiesparender Technologien und erneuerbarer Energiequellen zu tätigen und neue, umweltfreundliche Methoden der Wirtschaftstätigkeit in die Initiativen zur Sanierung der Wirtschaft nach Krisen aufzunehmen, um dem Klimawandel Einhalt zu gebieten;
35. verweist im Zusammenhang mit dem weltweiten Energiedialog auf die Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit und eines Interessenausgleichs nicht nur zwischen den Energieproduzenten und -verbrauchern sondern auch mit den für die Versorgungssicherheit wichtigen Transitländern;

36. unterstreicht die Bedeutung des Schutzes lebenswichtiger Energieinfrastruktur vor Terroranschlägen und der Planung der Energieinfrastruktur in der OSZE-Region unter Berücksichtigung ökologischer Bedrohungen und der atomaren Sicherheit in potenziell gefährdeten Gebieten wie etwa seismologisch aktiven und erdbebengefährdeten Gegenden sowie der Interessen der Nachbarländer und anderer Staaten;
37. ruft die internationale Gemeinschaft dazu auf, sich wie geplant am Prozess der Fertigstellung eines neuen „Sarkophags“ für das Kernkraftwerk Tschernobyl zu beteiligen und auch weiterhin Aktivitäten zur Sanierung der von der Tschernobyl-Katastrophe betroffenen Gebiete zu unterstützen, und ruft ferner die Teilnehmerstaaten dazu auf, eine koordinierte Vorgehensweise für den Fall neuer Störfälle in Kernkraftwerken in der OSZE-Region oder in deren Nähe vorzubereiten;
38. empfiehlt den Regierungen der OSZE-Teilnehmerstaaten dringend, die Ausarbeitung von Vorschlägen zur Schaffung eines weltweiten Systems zur Verhütung von Naturkatastrophen und zur Beseitigung von deren Folgen in Angriff zu nehmen, das einen Katalog von Maßnahmen enthalten sollte, wie sie in der Erklärung der OSZE/PV von Brüssel aus dem Jahr 2006 enthalten sind;
39. ruft die Mitgliedstaaten des Europarats und, sofern seitens des Europarats entsprechendes Interesse besteht und er sie dazu einlädt, andere OSZE-Teilnehmerstaaten dazu auf, zum Zwecke des Kampfes gegen die illegale Migration drei Übereinkommen zu unterzeichnen und zu ratifizieren – das Europäische Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit, das Übereinkommen über die Beteiligung von Ausländern am kommunalen öffentlichen Leben und das Europäische Übereinkommen über die Rechtsstellung der Arbeitsmigranten – und das von den Vereinten Nationen im Jahr 2000 verabschiedete Protokoll gegen die Schleusung von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg zu unterzeichnen und zu ratifizieren;
40. ruft zur Unterzeichnung bilateraler oder regionaler Vereinbarungen zwischen den Herkunfts- und den Aufnahmeländern auf, in denen unter anderem einerseits die Möglichkeit der Eröffnung von Sparkonten als Ansporn für Investitionen und die sichere Überweisung von Geldmitteln der Migranten in ihre Heimat sowie andererseits die Verpflichtung zur Zusammenarbeit mit den in der Diaspora lebenden Personen und die Einhaltung der internationalen Normen für die Beschäftigung im Ausland vorgesehen sind;
41. ruft die internationale Gemeinschaft dazu auf, die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch im Bereich der Cybersicherheit zu intensivieren, konkrete Maßnahmen zu vereinbaren, um Gefahren im Cyberspace abzuwenden, und nach Möglichkeit universelle Regeln für das Verhalten im Cyberspace zu schaffen;
42. unterstreicht die Notwendigkeit, die Effizienz der geltenden Normen zu überprüfen, um auf der Grundlage der OSZE-Normen und -Werte gemeinsame Antworten auf die rasch voranschreitende Entwicklung neuer Informationstechnologien und auf die wachsende Gefahr von Cyberkriminalität zu finden;

43. begrüßt es, dass internationale Organisationen und Institutionen, die über entsprechende Erfahrungen und Ressourcen verfügen, in beratender, finanzieller und anderer Form Hilfe leisten und so die Bemühungen der Teilnehmerstaaten um Verringerung der Armut und um Gewährleistung einer stabilen Entwicklung in der OSZE-Region unterstützen.

KAPITEL III

DEMOKRATIE, MENSCHENRECHTE UND HUMANITÄRE FRAGEN

44. Daran erinnernd, dass die OSZE seit 1975 und der Schlussakte von Helsinki den Standpunkt vertritt, dass die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten einer der Grundsätze ist, die die Beziehungen zwischen den Staaten leiten sollten,
45. im vollen Bewusstsein der Tatsache, dass die Menschenrechte und Grundfreiheiten in einigen Teilen des OSZE-Gebiets nach wie vor tagtäglich verletzt werden,
46. feststellend, dass die OSZE in den 1990er-Jahren ein Instrumentarium zur Überwachung der Umsetzung der von den Teilnehmerstaaten in Bezug auf Menschenrechte und Demokratie (menschliche Dimension) eingegangenen Verpflichtungen geschaffen hat,
47. unter Hinweis auf den 1991 auf dem Moskauer Treffen der Konferenz über die menschliche Dimension geschaffenen Moskauer Mechanismus und den auf dem Berliner Treffen des KSZE-Außenministerrates im Juni 1991 verabschiedeten Berliner Mechanismus, die Teil des genannten Instrumentariums sind,
48. darauf hinweisend, dass die Handlungsfähigkeit der OSZE, auch in Bezug auf den Schutz der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit, mit der Verabschiedung des Prager Dokuments über die weitere Entwicklung der KSZE-Institutionen und -Strukturen (30. und 31. Januar 1992) weiterentwickelt wurde, mit dem das sogenannte „Konsens-minus-eins-Verfahren“ eingeführt wurde, anhand dessen der Rat oder der Ausschuss Hoher Beamter in Fällen eindeutiger, grober und nicht behobener Verletzungen von OSZE-Verpflichtungen bei Bedarf auch ohne die Zustimmung des betroffenen Staates geeignete Maßnahmen treffen kann,
49. daran erinnernd, dass alle von der OSZE in den 1990er-Jahren in Bezug auf die menschliche Dimension entwickelten Verfahren und Mechanismen im Umgang mit neuen Bedrohungen für die Organisation berücksichtigt werden sollten,
50. angesichts der jüngsten Volksaufstände in der arabischen Welt, durch die die Bevölkerung der betroffenen Länder ihr eigenes Recht auf freie Meinungsäußerung und auf Mitsprache in den Entscheidungsprozessen ihrer jeweiligen Regierung einfordert,
51. ferner mit der Feststellung, dass sich die OSZE aufgrund der tiefgreifenden Veränderungen in der politischen Situation im OSZE-Raum seit den 1990er-Jahren wieder verstärkt auf ihre internationale Rolle in der Konfliktverhütung und Konfliktbeilegung besinnen und sich diesen neuen Herausforderungen stellen muss, in denen – wie etwa im Fall Libyens – die NATO eine zentrale Rolle spielt,

52. daran erinnernd, dass die OSZE auf dem Ministerrat von Kopenhagen 1997 zum ersten Mal die Entwicklung engerer Beziehungen zwischen den Sicherheitsorganisationen wie etwa der NATO angedacht hat und dass mit der Verabschiedung der Europäischen Sicherheitscharta im November 1999 in Istanbul die absolute Notwendigkeit bekräftigt wurde, eine Zusammenarbeit zwischen internationalen Organisationen im Rahmen ihrer jeweiligen Kompetenzbereiche und gemäß Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen zu entwickeln,
53. die Ansicht vertretend, dass das jährliche Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension keinen geeigneten Mechanismus zur wirksamen Überprüfung der Umsetzung der von den Teilnehmerstaaten eingegangenen Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte darstellt,
54. unter Betonung der Wichtigkeit der parlamentarischen Kontrolle und der ausführlichen Information über die Tätigkeit der Regierungen im Rahmen der OSZE, um zur Verbesserung der Transparenz und der Einhaltung der von der Organisation eingegangenen Verpflichtungen beitragen zu können, –

die Parlamentarische Versammlung der OSZE

55. fordert alle OSZE-Teilnehmerstaaten auf, ihre im Bereich der Menschenrechte, der Grundfreiheiten, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit eingegangenen Verpflichtungen im vollen Umfang zu erfüllen;
56. betont, dass die OSZE und ihre Parlamentarische Versammlung weiter an der Förderung der demokratischen Werte im Sinne der von den OSZE-Teilnehmerstaaten eingegangenen Verpflichtungen arbeiten sollten;
57. bekräftigt die Bedeutung freier und fairer Wahlen für den Schutz und die Festigung der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten in allen OSZE-Teilnehmerstaaten;
58. fordert alle OSZE-Teilnehmerstaaten auf, die vorhandenen Verfahren, nur wenn nötig auch das „Konsens-minus-eins-Verfahren“, im Falle eindeutiger, grober und nicht behobener Verletzungen von OSZE-Verpflichtungen, im Einklang mit den Bestimmungen des Prager Dokuments über die weitere Entwicklung der OSZE-Institutionen und -Strukturen (30. und 31. Januar 1992) anzuwenden;
59. ist der Überzeugung, dass die demokratischen Revolutionen der jüngsten Zeit in Nordafrika und im Nahen Osten für die Länder im OSZE-Raum von großer Bedeutung sind, da sie die Menschen in diesen Ländern dazu ermutigen könnten, mehr Demokratie sowie Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte einzufordern, und dass die Organisation und alle ihre Teilnehmerstaaten sich deshalb verstärkt darum bemühen sollten, dass rechtmäßige und demokratische Regierungsformen nicht nur in den Regionen Nordafrika und Naher Osten sondern auch in ihren eigenen Ländern Einzug halten;

60. fordert den OSZE-Ministerrat auf, die Einrichtung von Missionen zum schnellen Eingreifen zu prüfen, die in der Lage sind, zur Koordinierung der Reaktionen auf internationale Krisen, wie zum Beispiel Massenmigrationsbewegungen, beizutragen;
61. fordert den OSZE-Ministerrat eindringlich auf, langfristige, mindestens dreijährige Mandate für die OSZE-Feldmissionen zu beschließen;
62. fordert das OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte auf, die Wahlgesetze und -praktiken in den OSZE-Teilnehmerstaaten zu analysieren und anhand dieser Analyse die geeignetsten Verfahren zu ermitteln und Kriterien für eine objektive Wahlbeobachtung und -beurteilung zu skizzieren;
63. fordert ferner den OSZE-Ministerrat eindringlich auf, dafür Sorge zu tragen, dass den OSZE-Feldmissionen wirksame Mandate erteilt werden, die Aktivitäten in allen Bereichen umfassen, einschließlich der Menschenrechte und der menschlichen Dimension;
64. fordert den OSZE-Generalsekretär auf, den OSZE-Missionen vor Ort, die zu den größten Aktiva der Organisation zählen, mehr Mittel zur Verfügung zu stellen;
65. legt den Teilnehmerstaaten nahe, mit Unterstützung der OSZE-Parlamentarier Lösungen für die Aktualisierung und die Gewährleistung der Umsetzung des Moskauer Mechanismus zu untersuchen, wie vor Kurzem von 14 Teilnehmerstaaten in Bezug auf die Lage in Belarus gefordert wurde, um sicherzustellen, dass schwere Menschenrechtsverletzungen wirksam untersucht werden;
66. erklärt die Bereitschaft der OSZE-Parlamentarier, zu politischen Initiativen wie Erkundungsmissionen in humanitären Angelegenheiten beizutragen;
67. fordert intensivere bilaterale und regionale Kontakte mit Parlamenten in Zentralasien, insbesondere mit dem Parlament Kirgisistans, über die OSZE-Feldpräsenzen;
68. ersucht den Ständigen Rat der OSZE, im Abstand von 2 Wochen Treffen zur Prüfung von Menschenrechtsfragen zu veranstalten, wobei diese Treffen für die Öffentlichkeit und die Medien zugänglich sein und unter Beteiligung von Vertretern der Zivilgesellschaft abgehalten werden sollten, und auf diese Weise das laufende Monitoring in Bezug auf die Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in der menschlichen Dimension sicherzustellen;
69. ruft den Ständigen Rat der OSZE dazu auf, Verletzungen der OSZE-Verpflichtungen in der menschlichen Dimension besonderes Augenmerk zu schenken, sich regelmäßig mit Menschenrechtsfragen zu befassen und sich – wie in den OSZE-Verpflichtungen vorgesehen – entschlossen für die offene und freie Teilnahme von Nichtregierungsorganisationen an OSZE-Veranstaltungen zur menschlichen Dimension einzusetzen und damit zur laufenden Überprüfung der Umsetzung der Verpflichtungen beizutragen.